



Deutsches
Forum
Sicherheitspolitik
dfs.bund.de

Wie sicher ist Deutschland – in einer Welt aus den Fugen?



PROGRAMM
und weitere
Konferenzinformationen

12. und 13. Oktober 2015

DIE PARTNER



DIE MARKE

„Strategische Vernetzung“ ist das zentrale Leitbild für die 2013 geschaffene Bildwortmarke des *Deutschen Forums Sicherheitspolitik*.

Die unterschiedlichen Stränge der Sicherheitspolitik erscheinen in der Bildmarke des Logos als eigenständige Bänder. Das Gesamtlogo aus Wort- und Bildmarke steht für den umfassenden, integrativen Ansatz von Sicherheitspolitik – für die Vernetzung ihrer vielen unterschiedlichen Aspekte.

Ein nationales Forum für die sicherheitspolitische Debatte in Deutschland

Vom grenzüberschreitenden Feldzug des „Islamischen Staats“ bis zu Anschlägen von Einzeltätern in Europa, von der Flüchtlingswelle über das Mittelmeer bis zum Russland-Ukraine-Konflikt – in dieser Welt aus den Fugen ist vor dem Hintergrund der Globalisierung und Digitalisierung die Trennschärfe zwischen äußerer und innerer Sicherheit endgültig verloren gegangen. Das *Deutsche Forum Sicherheitspolitik 2015* will sich daher mit den Bedrohungen und Risiken für die Sicherheit Deutschlands von innen und außen befassen: Es wird versuchen, politisch-strategische Handlungsempfehlungen für den nationalen und den europäischen Rahmen zu entwickeln.

Der islamistische Terror wie auch der Zerfall staatlicher Ordnung in der europäischen Nachbarschaft führen zu Verwerfungen, die erhebliche Auswirkungen auf die Sicherheitslage Europas und Deutschlands haben. Gerade religiös motivierte Gewalt bedroht die deutsche Sicherheit ganz unmittelbar – entweder durch das potentielle Handeln von deutschen Extremisten in Deutschland oder über die Rückkehrer aus den Kriegen in Syrien, Libyen und Irak.

Auch das Anschwellen der Flüchtlingsströme in die Staaten der Europäischen Union führt zu hohen Belastungen und gesellschaftlichen Spannungen in vielen Mitgliedsländern und kann Sicherheitsrisiken nach sich ziehen. Die fließenden Grenzen zur organisierten Kriminalität oder zu Cyber-Kriminalität tun ihr Übriges, um die Gefahrenlage in Deutschland und Europa zu verschärfen. All diesen Risiken und Bedrohungen können wir nur mit einem umfassenden und vernetzten Ansatz von Außen-, Sicherheits-, Innen- und Entwicklungspolitik auf nationaler, europäischer und transatlantischer Ebene begegnen – umfassend besonders in dem Sinne, dass auch die Bundesrepublik sich intensiv mit strategischen Lösungen für strategische Fragen beschäftigen muss.

Die Leitfragen der Konferenz

Welche Konsequenzen hat die faktisch verloren gegangene Trennung zwischen Außen und Innen für die öffentliche Sicherheit, also für die Bewahrung unserer verfassungsmäßigen Ordnung sowie für den Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger vor Gewalt, Verbrechen und Terror?

Welche Handlungsoptionen haben die Bundesrepublik Deutschland auf nationaler Ebene und die Europäische Union auf gemeinschaftlicher Ebene, um den neuen Gefahren für ihre – gemeinsame – öffentliche Sicherheit zu begegnen?

Welche Auswirkungen haben Flucht und Migration auf gesellschaftliche Stabilität und Sicherheit in Deutschland und Europa? Welche auf sie bezogenen Handlungsoptionen besitzen deutsche und europäische Sicherheitspolitik?

Wie begegnen auf der einen Seite Deutschland und Europa, auf der anderen Seite die USA den Herausforderungen? Welche Unterschiede in ihren Sicherheitspolitiken sollten die transatlantischen Partner überwinden?

Wie ist es angesichts des Russland-Ukraine-Konflikts und des Vertrauensverlustes zwischen NATO und Russland um die Zukunft einer europäischen Friedensordnung bestellt?



Das Chaos um uns herum



Von der Flüchtlingskatastrophe im Mittelmeer über den schwelenden Krieg in der Ostukraine bis zum aufstrebenden „Islamischen Staat“ – die Welt gerät immer mehr aus den Fugen, denn nicht nur haben lokale Konflikte globale Folgen, sondern die Brandherde sind in den letzten Jahren auch immer mehr geworden.

MONTAG, 12. OKTOBER 2015

13:00 Uhr	<p>Begrüßung und Einführung Karl-Heinz Kamp Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik</p>
13:15 Uhr	<p>Keynote Thomas de Maizière Bundesminister des Innern</p>
14:00 Uhr	<p>Podium 1: Neue Gefahren für die öffentliche Sicherheit – Handlungsmöglichkeiten für Deutschland und Europa Günter Krings Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern Burkhard Lischka Innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag Matthias Ruete Generaldirektor für Migration und Inneres der EU-Kommission Guido Steinberg Stiftung Wissenschaft und Politik <i>Moderation: Michael Krons</i> phoenix</p>
15:30 Uhr	<p>Pause</p>
15:45 Uhr	<p>Podium 2: Flucht und Migration – Auswirkungen auf Sicherheit und gesellschaftliche Stabilität Jörg Bentmann Leiter der Grundsatzabteilung im Bundesministerium des Innern Tanja Gönner Vorstandssprecherin der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit Ferruccio Pastore Direktor des European Forum for Migration Research, Turin Boris Pistorius Niedersächsischer Minister für Inneres und Sport <i>Moderation: Thomas Wrießnig</i> Vizepräsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik</p>
17:30 Uhr	<p>Imbiss</p>

<p>Podium 1:</p> <p>Neue Gefahren für die öffentliche Sicherheit – Handlungsmöglichkeiten für Deutschland und Europa</p>	<p>Der Anschlag auf „Charlie Hebdo“ in Paris ist kein Einzelfall: Anders Breivik in Oslo, Dschochar und Tamerlan Zarnajew in Boston, Yassin Salhi in Lyon sind nur vier Einzeltäter, deren gewaltsame Angriffe überproportionale gesellschaftliche Auswirkungen hatten. Seit aber die sogenannten „einsamen Wölfe“ am globalen Gedankenaustausch über das Internet teilhaben, scheinen sie noch gefährlicher geworden zu sein. Gerade die Propagandamaschine des „Islamischen Staats“ ruft bewusst und direkt zum individuellen Terrorismus auf.</p> <p>Ihnen gegenüber stehen Sicherheitsbehörden, die „nur“ lokal handeln – mal Norwegen, mal Frankreich, mal Belgien. Und selbst in Deutschland deuten schwerbewaffnete Polizisten auf Bahnhöfen darauf hin, wie groß auch hierzulande das Risiko zeitweise ist.</p> <p>Was können nationale Sicherheitsbehörden von der Reaktion anderer lernen? Wieviel Koordination bedarf es zwischen ihnen? Welche Bedeutung hat das Trennungsgebot zwischen Polizeien und Nachrichtendiensten noch? Welchen Einfluss haben soziale Netzwerke auf die nur physisch einsamen Attentäter? Wo lauern neben dem extremistischen Islamismus andere Gefahren?</p>
<p>Podium 2:</p> <p>Flucht und Migration – Auswirkungen auf Sicherheit und gesellschaftliche Stabilität</p>	<p>Immer mehr Menschen flüchten vor Gewalt und Verfolgung in ihren Heimatländern nach Europa. Diese Flüchtlingswelle strandet zuerst ausgerechnet in den EU-Ländern, die noch am stärksten unter den Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise leiden: Griechenland, Italien, Spanien. Ihr Weg führt sie weiter nach Norden – vor allem nach Deutschland. Die Bilder der vergangenen Wochen haben die Dramatik der Entwicklung vor Augen geführt sowie Bund und Länder zu weitreichenden Maßnahmen veranlasst.</p> <p>Die Folge ist einerseits Solidarität mit den Flüchtlingen, andererseits aber das Gefühl, von der Migration überfordert zu sein; auch Deutschland bleibt von dumpfen Fremdenhass und brennenden Flüchtlingsheimen nicht verschont. Die europäische Solidarität äußert sich in einem maritimen Rettungseinsatz, aber der EU ist es bisher nicht gelungen, die Bürde der Immigration gerecht auf die Schultern ihrer Mitglieder zu verteilen.</p> <p>Sind das deutsche und das europäische Asylrecht noch der Lage angemessen? Wie lässt sich das System reformieren? Wie lassen sich die Ursachen der Fluchtbewegungen besser bekämpfen? Ist es Zeit, die Schwerpunkte der europäischen Entwicklungspolitik zu ändern? Legt die Kombination aus Finanzkrise und Flüchtlingskatastrophe die Grenzen der europäischen Solidarität offen? Ist nur die humanitäre Nothilfe der kleinste gemeinsame Nenner der Gemeinschaft? Welches Integrationsmodell braucht Deutschland, um mit den steigenden Zahlen Asylsuchender zurechtzukommen? Wie soll es mit Vorurteilen und populistischer Stimmungsmache gegen die Flüchtlinge umgehen?</p>

MONTAG, 12. OKTOBER 2015

- 19:00 Uhr **Night Owl Session: Hatte Huntington Recht – haben wir den „Clash of Civilizations“?**
Zohre Esmaeli
Vorstandsmitglied und Integrationsbeauftragte von Save Society
Grant Hammond
Professor für internationale Beziehungen am Air War College, Alabama
Heinz-Gerhard Justenhoven
Leitender Direktor, Institut für Theologie und Frieden
Moderation: Karl-Heinz Kamp
Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik
- 20:30 Uhr Ende des ersten Konferenztages

Night Owl Session:
Hatte Huntington
Recht – haben
wir den „Clash of
Civilizations“?

Auf den Kampf der Ideologien folgt der Kampf der Kulturen, so analysierte Harvard-Professor Samuel Huntington das Ende des Kalten Krieges. Für ihn gab es kein „Ende der Geschichte“ mit nur noch einer zivilisatorischen Entwicklungsmöglichkeit in Richtung Marktwirtschaft, Menschenrechte und Demokratie.

Jahrzehnte später scheint die Entwicklung Huntington Recht zu geben: Russland definiert sich explizit als anti-westliche Macht, da es den „western way of life“ für degeneriert hält. Die sich im Mittleren Osten und in Nordafrika rasant ausbreitende islamistische Gewalt stellt mittelalterliche Gesetze und nackte Gewalt dem Grundbestand der Zivilisation überhaupt entgegen. Der Westen selbst hat indes mit Werte- und Identitätskrisen zu kämpfen.

Steht der „Westen“ gegen den „Rest“ der Welt? Wie wird sich das Verhältnis Europas und der USA einerseits zu China, andererseits zur islamischen Welt entwickeln? Gehört Russland zu Europa oder besitzt es eine ganz eigene orthodoxe, eurasische Identität? Ist die Religion eine treibende Kraft im vermeintlichen Kampf der Kulturen? Sind Aufklärung und Trennung von Staat und Kirche Voraussetzung für ein Überleben in der globalisierten Welt?



Magna Charta versus Koran?



Samuel Huntingtons „Kampf der Kulturen“ ist seit seinem Erscheinen 1996 umstritten, aber heutzutage wirken die Thesen des amerikanischen Politologen umso konsensfähiger, je mehr der demokratisch-liberale „Westen“ mit anderen zivilisatorischen Vorstellungen kollidiert. Dieser „Kulturkampf“ wird selbst auf unseren Straßen ausgetragen; hier der Aktivist Pierre Vogel.

DIENSTAG, 13. OKTOBER 2015

09:30 Uhr	<p>Podium 3: Deutschland, Europa und die USA vor gemeinsamen Herausforderungen</p> <p>Ian Brzezinski Resident Senior Fellow beim Atlantic Council, Washington, DC</p> <p>Geza von Geyr Abteilungsleiter Politik im Bundesministerium der Verteidigung</p> <p>Stefan Liebich Obmann der Fraktion Die Linke im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages</p> <p>Jan Techau Direktor der Carnegie Endowment, Brüssel</p> <p>Moderation: Nora Müller Körber-Stiftung</p>
11:00 Uhr	<p>Pause</p>
11:30 Uhr	<p>Podium 4: Russland und die Ukraine – die Zukunft einer europäischen Friedensordnung</p> <p>Alexej Gromyko Direktor des Institute of Europe, Moskau</p> <p>Andrij Melnyk Botschafter der Ukraine in der Bundesrepublik Deutschland</p> <p>Andreas Michaelis Politischer Direktor im Auswärtigen Amt</p> <p>Janusz Reiter Polnischer Botschafter a.D., Warschau</p> <p>Moderation: Roland Freudenstein Wilfried Martens Centre, Brüssel</p>
13:00 Uhr	<p>Zusammenfassung und Schlusswort</p> <p>Walter Kolbow Sprecher des Beirats der Bundesakademie für Sicherheitspolitik</p>
13:15 Uhr	<p>Imbiss</p>
14:00 Uhr	<p>Ende des zweiten Konferenztages und der Konferenz</p>

<p>Podium 3:</p> <p>Deutschland, Europa und die USA vor gemeinsamen Herausforderungen</p>	<p>Das atlantische Bündnis muss sich erneut bewähren – sowohl mit Blick auf ein Russland, das an den östlichen Außengrenzen der NATO für Spannungen sorgt, als auch in der Auseinandersetzung mit dem „Islamischen Staat“, der gleich zwei Nachbarregionen Europas bedroht: den Nahen Osten und Nordafrika. Gerade der Russland-Ukraine-Konflikt führt die westliche Allianz zu ihren Wurzeln zurück, die viele für längst überholt gehalten hatten: die Bündnisverteidigung. Beide Herausforderungen lassen sich nicht mit dem gleichen Mitteleinsatz bewältigen, so dass selbst Deutschland seinen Verteidigungsetat wieder aufstockt.</p> <p>Zugleich wird aber das Vertrauen zwischen den Partnern USA, Deutschland und Europa von wechselseitigen Vorwürfen belastet: hier die Klagen über die Aktivitäten amerikanischer Geheimdienste, dort der Vorwurf des mangelnden „burden sharing“ seitens der Europäer.</p> <p>Wie kann die NATO auf die neuen Herausforderungen reagieren: sowohl auf die „asymmetrische“ Bedrohung aus dem Nahen Osten, als auch auf die „hybride“ Kriegführung Russlands? Welche Impulse muss der Gipfel in Warschau setzen?</p> <p>Hält das atlantische Bündnis die Spannung zwischen verlorenem Vertrauen der Partner untereinander und der von der geopolitischen Situation geforderten Solidarität miteinander aus?</p> <p>Wie kann die transatlantische Gemeinschaft ihre 360-Grad-Perspektive auf die internationale Sicherheit behalten – und wie geht sie mit aufkommenden Gefahren im Raum Asien-Pazifik um?</p>
<p>Podium 4:</p> <p>Russland und Ukraine – die Zukunft einer europäischen Friedensordnung</p>	<p>Der Konflikt um die Krim und Wladimir Putins Großmachtambitionen haben die Phase der westlichen Partnerschaft mit Russland beendet. Amerika, Europa und Russland schieben sich für die neuen Spannungen gegenseitig die Schuld zu: Für den Westen ist die russische Aggression in der Ukraine, für Moskau ist die Osterweiterung der NATO Ursache der geopolitischen Konfrontation. Konsens besteht allerdings darin, dass das Ende der Partnerschaft nicht das Ende der Kooperation mit Russland bedeuten muss – die jüngste Einigung mit dem Iran ist hierfür ein Beispiel.</p> <p>Ist die europäische Sicherheitsordnung durch Russlands gewaltsame Veränderung von Grenzen „nur“ schwer beschädigt oder dauerhaft zerstört? Wie geht das Bündnis mit den Bedrohungsängsten in Osteuropa um? Wie kann Bündnissolidarität glaubwürdig vermittelt werden? Kann es einen „positiven Frieden“ nur zwischen echten Demokratien geben? Wie abhängig sind Frieden und Sicherheit in Europa von einem russischen Staat, der Menschen-, Bürger- und Völkerrecht respektiert? Was sind die langfristigen Entwicklungsperspektiven für Russland, das auch 25 Jahre nach Ende des Kalten Krieges lediglich mit Waffen und Energie weltmarktfähig ist?</p>

**Dr. Jörg
Bentmann**

ist seit 2011 Leiter der Abteilung „Grundsatzfragen, EU- und internationale Angelegenheiten“ im Bundesministerium des Innern. Nach einem Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Bielefeld wurde er dort 1990 promoviert. Zeitgleich praktizierte er von 1989 bis 1991 als Rechtsanwalt. Anschließend wechselte er ins Bundesinnenministerium. Dort war er unter anderem als Referatsleiter in der Abteilung „Organisation“ und für „Innenpolitische Aspekte anderer Ressorts“ tätig sowie Leiter des Arbeitsstabs „Neue Bundesländer“ in der Grundsatzabteilung.

**Ian
Brzezinski**

ist seit 2010 Resident Senior Fellow für das internationale Sicherheitsprogramm des Atlantic Council. Nach seinem Studium am Williams College in Massachusetts wurde er 1986 Assistent im Nationalen Sicherheitsrat der US-Regierung und 1991 Mitglied des Planungsstabes im Verteidigungsministerium. Zwischendurch arbeitete er als ehrenamtlicher Berater der Regierung der Ukraine, ehe er 1995 Rechtsberater in Belangen der Nationalen Sicherheit und 2000 Mitglied des Senatsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten wurde. Von 2001 bis 2005 war Brzezinski Stellvertretender Staatssekretär im US-Verteidigungsministerium für europäische und NATO-Politik.

**Zohre
Esmaeli**

ist seit 2014 Botschafterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes sowie Vorstandsmitglied und Integrationsbeauftragte der Hilfsorganisation „Save Society“, zu deren Gründern sie gehört. Zohre ist zugleich internationales Model und Buchautorin. Geboren und aufgewachsen in Kabul, trat sie 1998 mit ihrer Familie die Flucht nach Deutschland an. Seither engagiert sie sich in verschiedenen karitativen Projekten für ihr Herkunftsland.

**Roland
Freudenstein**

ist seit 2008 stellvertretender Direktor und Forschungsleiter im „Wilfried Martens Centre for European Studies“, dem Think Tank der Europäischen Volkspartei. 1989 bis 1993 war er Mitarbeiter der „Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik“ in Bonn und von 1993 bis 1995 im Planungsstab für Außenpolitik der EU-Kommission in Brüssel. Außerdem führte er 1995 bis 2001 das Warschauer Büro der Konrad Adenauer Stiftung (KAS) und war anschließend leitender Mitarbeiter der KAS-Zentrale in Berlin. Freudenstein studierte Politikwissenschaft, Wirtschaft und Japanologie in Bonn und Los Angeles.

**Dr. Geza
von Geyr**

ist seit 2014 Abteilungsleiter für Politik im Bundesministerium der Verteidigung. 1991 trat er in den Auswärtigen Dienst ein, wechselte 1997 zur Europäischen Kommission nach Brüssel und kehrte 2000 als Referent der Europa-Abteilung ins Auswärtige Amt zurück. Ab 2001 war er für die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag tätig und übernahm 2006 die Referatsleitung in der Außen- und Sicherheitspolitischen Abteilung im Bundeskanzleramt. Von 2010 bis 2014 war er Vizepräsident des Bundesnachrichtendienstes. Geyr studierte Kommunikationswissenschaften, Neuere und Alte Geschichte sowie Politikwissenschaften in München, Budapest, Wien und Washington, D.C.

**Tanja
Gönner**

ist seit 2012 Vorstandssprecherin der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und seit Oktober 2015 Mitglied des Beirats der Bundesakademie für Sicherheitspolitik. Sie studierte Rechtswissenschaften an der Eberhard-Karls-Universität in Tübingen. CDU-Mitglied seit 1987 gehörte sie von 2000 bis 2012 dem Bundesvorstand der Partei an. Zudem war sie von 2002 bis 2004 Mitglied des Deutschen Bundestages, ehe sie 2004 Ministerin für Soziales des Landes Baden-Württemberg wurde. 2005 übernahm sie das Umweltministerium. Von 2010 bis 2011 war sie Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Baden-Württemberg und anschließend bis 2012 Mitglied des Landtags.

**Dr. Alexej
Gromyko**

ist seit 2014 Direktor des Europa-Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften und Präsident der Association für Europäische Studien Russland (AES). Er ist unter anderem Mitglied der „Task Force für Zusammenarbeit im Größeren Europa“ und Leiter der europäischen Programme der Stiftung „Russkij mir“. Gromyko gehörte zu den Gründern der russischen Bewegung „Für die Festigung der demokratischen internationalen Rechtsordnung und die Unterstützung der Vereinten Nationen“. Er studierte in Moskau und Oxford, an der Lomonossow-Universität wurde er 1997 promoviert.

**Dr. Grant
Hammond**

ist seit 2010 stellvertretender Direktor des USAF Center for Strategy and Technology (CSAT) und Professor für internationale Beziehungen am Air War College in Alabama, USA. Zuvor war Hammond als Mitarbeiter des 2008 verstorbenen Professor Samuel Huntington am Zentrum für Internationale Beziehungen der Harvard Universität tätig. 2007 ging er an das NATO Defense College in Rom und bekleidete dort die Position des Dekans, bevor er 2010 ans CSAT zurückkehrte. Hammond studierte moderne europäische Geschichte am Harvard College und besuchte von 1966 bis 1971 die Johns Hopkins Universität, Baltimore, wo er als Politologe promoviert wurde.

**Dr. Heinz-Gerhard
Justenhoven**

ist seit 1995 Leitender Direktor des Instituts für Theologie und Frieden in Hamburg und hat seit 2010 den Stiftungsvorstand der Katholischen Friedensstiftung in Hamburg inne. Zudem ist er seit 2010 außerplanmäßiger Professor an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. In Frankfurt am Main und Milwaukee studierte Justenhoven Theologie und Philosophie. Er promovierte 1990 über die Friedensethik des Francisco de Vitoria und wurde 2006 im Fach Moraltheologie an der Universität Freiburg habilitiert. Ferner war er Gastdozent an der Catholic Theological Union in Chicago und am Hekima College in Nairobi. >

**Dr. Karl-Heinz
Kamp**

ist seit Oktober 2015 Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik. Er studierte Geschichte und Sozialwissenschaften in Bonn, an der Universität der Bundeswehr in Hamburg wurde er 1992 promoviert. Nach einem Forschungsaufenthalt an der Harvard University wurde er bereits 1989 Wissenschaftlicher Mitarbeiter, danach Abteilungsleiter und, nach anderen Stationen, 2003 Koordinator Sicherheitspolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung. Von 2007 bis 2013 war Kamp Forschungsdirektor des NATO Defense College in Rom; in dieser Zeit war er Berater in der „NATO Group of Experts on the New Strategic Concept“, berufen durch deren Vorsitzende Madeleine Albright. 2005 bis 2013 war er Mitglied im Beirat der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, deren Direktor Weiterentwicklung er seither war.

**Parl. Staatssekretär
a.D. Walter Kolbow**

ist seit 2008 Sprecher des Beirats der Bundesakademie für Sicherheitspolitik. Er war von 1998 bis 2005 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung. Er hat in Würzburg und Speyer Rechtswissenschaften studiert und war von 1980 bis 2009 Bundestagsmitglied für die SPD Bayern. Von 1994 bis 1998 war er verteidigungspolitischer Sprecher seiner Fraktion, von 2005 bis 2009 ihr stellvertretender Vorsitzender für die Bereiche Außenpolitik, Entwicklungspolitik, Verteidigung und Menschenrechte.

**Dr. Günter
Krings, MdB**

ist seit 2013 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Innern. Er studierte Rechtswissenschaften und Geschichte an der Universität Köln und der Temple University in Philadelphia, wo er 2002 promoviert wurde. Von 1997 bis 2002 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Staatsrecht der Universität Köln, seit 1998 Rechtsanwalt in Mönchengladbach. 1985 trat Krings der CDU in Nordrhein-Westfalen bei und ist seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestags. Von 2008 bis 2009 diente er als Justitiar der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, von 2009 bis 2013 war er einer ihrer Stellvertretenden Vorsitzenden.

**Michael
Krons**

ist seit 2001 Redakteur und Moderator bei Phoenix und wurde 2010 zum leitenden Redakteur der Programmgeschäftsführung berufen. In Köln und Berlin studierte er Politikwissenschaft, Germanistik, Filmwissenschaften und Pädagogik. 1994 wurde er Korrespondent im ARD-Studio Bonn für „Tagesschau“ und „Tagesthemen“ und 1998 leitender Redakteur des ZDF-Magazins „Frontal“. Davor war er Redakteur der Frankfurter Allgemeine Zeitung sowie der UFA-Tochter „Wirtschafts- und Informationsfernsehen“ gewesen.

**Stefan
Liebich, MdB**

ist seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages. 1995 schloss er sein Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Technischen Fachhochschule Berlin ab. PDS-Mitglied und in der Politik aktiv seit 1990, war Liebich von 2001 bis 2005 Berliner Landesvorsitzender und von 1995 bis 2009 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin; daneben war er zunächst Vorsitzender und später stellvertretender Vorsitzender der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus.

**Burkhard
Lischka, MdB**

ist seit 2014 innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag und seit 2009 Mitglied des Bundestags. Nach Abschluss seines Studiums der Rechtswissenschaften war er 2004 Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg und ab 2006 Mitglied des Landesvorstandes der SPD Sachsen-Anhalt. Anschließend diente er bis 2009 als Staatssekretär im Ministerium der Justiz des Landes Sachsen-Anhalt. 2011 wurde er Mitglied des Fraktionsvorstandes der SPD-Bundestagsfraktion und 2014 ihr Rechtspolitischer Sprecher. Lischka ist SPD-Obmann im Parlamentarischen Kontrollgremium und stellvertretendes Mitglied des NSA-Untersuchungsausschusses.

**Dr. Thomas de
Maizière, MdB**

ist seit 2013 Bundesminister des Inneren. Zuvor war er ab 2011 Bundesminister der Verteidigung, davor ab 2009 schon einmal Bundesinnenminister im zweiten Kabinett Merkel. Der gebürtige Bonner studierte Rechtswissenschaften und Geschichte in Münster und Freiburg. Von 2005 bis 2009 war er Chef des Bundeskanzleramtes in Angela Merkels erster Bundesregierung. 2009 wurde er erstmals für die CDU Sachsen in den Bundestag gewählt.

**Andrij J.
Melnyk**

ist seit 2014 Botschafter der Ukraine in der Bundesrepublik Deutschland. 1999 trat er in den diplomatischen Dienst ein und war von 2007 bis 2010 Generalkonsul in Hamburg. Anschließend war er als Referatsdirektor wieder im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten tätig und zuletzt 2014 Vize-Minister für Außenpolitik und europäische Integration. Melnyk studierte Internationale Beziehungen, Deutsch und Völkerrecht in Lwiw und Lund. Zum Doktor der Rechtswissenschaften wurde er an der Nationalakademie der Wissenschaften in Kiew promoviert.

**Andreas
Michaelis**

ist seit Juli 2015 Politischer Direktor im Auswärtigen Amt. 1989 trat er in den diplomatischen Dienst ein und wurde 1999 Sprecher des Auswärtigen Amtes. Von 2002 bis 2006 arbeitete er als Botschafter in Singapur. Danach diente er im Auswärtigen Amt in Berlin als Beauftragter für Asien- und Pazifikpolitik und ab 2007 für Nah- und Mittelostpolitik und den Maghreb. 2011 wurde er Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Israel. Michaelis studierte Philosophie, Politik und Anglistik in Hannover und Oxford.

**Nora
Müller**

ist seit 2015 Leiterin des Hauptstadtbüros der Körber-Stiftung und seit 2008 Programmleiterin im Bereich Internationale Politik, wo sie unter anderem für den Körber Dialogue Middle East, das Körber-Netzwerk Außenpolitik und die Munich Young Leaders zuständig ist. Davor war sie von 2004 bis 2006 als Länder-Referentin für Israel und Jordanien im Nahost-Referat des Auswärtigen Amtes sowie im Goethe-Institut tätig. Müller studierte Geschichte und Europawissenschaften mit Schwerpunkt „EU-Nahost-Beziehungen“ in Berlin und Tel-Aviv. >

- Dr. Ferruccio Pastore** ist seit 2009 Leiter des Internationalen und Europäischen Forums für Migrationsfragen in Turin und Mitglied des „Independent Network of Labour Migration and Integration Experts“. Zuvor war er stellvertretender Direktor des Think-Tank CeSPI und Fellow an der Universität in Florenz. Neben seinen Forschungsaktivitäten ist er Politikberater für italienische Einrichtungen sowie für die Internationale Organisation für Migration und die Internationale Arbeitsorganisation. Pastore schloss sein Studium der Rechtswissenschaften in Turin ab und wurde 1996 am European University Institute promoviert.
- Jan Techau** ist seit 2011 Direktor von Carnegie Europe, der Brüsseler Niederlassung des Carnegie Endowment for International Peace. Techau studierte Politikwissenschaften in Kiel und Pennsylvania, USA. Von 2001 bis 2006 war er im Presse- und Informationsstab des Bundesministeriums der Verteidigung tätig. Anschließend leitete er bis 2010 das „Alfred von Oppenheim-Zentrum für Europäische Zukunftsfragen“ der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Danach bis zum Eintritt bei Carnegie Europe arbeitete er in der Forschungsabteilung des NATO Defense College in Rom.
- Boris Pistorius, MdL** ist seit 2013 Niedersächsischer Minister für Inneres und Sport. Nach seinem Studium der Rechtswissenschaften in Osnabrück und Münster trat er 1991 der Landesverwaltung Niedersachsen bei, wo er von 1997 bis 2002 Leiter verschiedener Dezernate bei der Bezirksregierung Weser-Ems war; danach übernahm er die Leitung der Abteilung „Schulen und Sport“. Von 1999 bis 2002 war er ehrenamtlicher Bürgermeister und von 2006 bis 2013 Oberbürgermeister der Stadt Osnabrück. Seit 2013 ist der Sozialdemokrat Mitglied des Niedersächsischen Landtags.
- Thomas Wrießnig** ist seit Oktober 2015 Vizepräsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik. In Würzburg, Genf und Regensburg studierte er bis zu seinem Zweiten Staatsexamen 1983 Rechtswissenschaften. 1985 trat er in den Auswärtigen Dienst, wo er zunächst im Referat für Antarktispolitik und Seerecht arbeitete, später dann im Referat für Westeuropapolitik und in der Folge im Ostasienreferat. Seine diplomatischen Auslandsstationen zwischen 1989 und 2006 waren Seoul, Moskau und Washington, D.C. 2006 wurde er Referatsleiter Südasien, 2007 Referatsleiter Ostasien im Auswärtigen Amt. Ab 2009 war er Gesandter und Leiter der Wirtschaftsabteilung in der Deutschen Botschaft in Paris. 2012 bis 2015 schließlich war er Botschafter und Ständiger Vertreter Deutschlands bei den VN-Organisationen in Rom.
- Janusz Reiter** war von 1990 bis 1995 polnischer Botschafter in Deutschland. In Warschau studierte er Germanistik, Philosophie und Soziologie. Vor der Wende war er Mitbegründer und Redaktionsmitglied mehrerer oppositioneller Zeitschriften. 2005 wurde er zum polnischen Botschafter in den USA ernannt. Zwei Jahre später übernahm er die Position des polnischen Sondergesandten für Klimawandel, ehe er 2010 als Präsident an das von ihm 1996 gegründete Zentrum für Internationale Beziehungen in Warschau zurückkehrte.
- Matthias Ruete** ist seit 2014 Generaldirektor für Migration und Inneres der Europäischen Kommission, für die er bereits seit 1986 arbeitet. Dort war er in verschiedenen Verwaltungspositionen tätig, bevor er 2006 an die Spitze der Generaldirektion Verkehr und Energie trat. Ruete studierte Jura in Marburg, Köln, Berlin und Gießen, wo er auch 1984 promoviert wurde.
- Dr. Guido Steinberg** ist seit 2005 Wissenschaftler in der Forschungsgruppe Naher/Mittlerer Osten und Afrika der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin; dort erforscht er schwerpunktmäßig den islamistischen Terrorismus und die Politik der Arabischen Halbinsel. Er studierte Geschichte, Islamwissenschaft und Politikwissenschaft an den Universitäten Köln, Bonn, Damaskus und an der FU Berlin. An letzterer wurde er 2000 als Islamwissenschaftler promoviert. Von 2002 bis 2005 arbeitete er als Referent im Bundeskanzleramt und war für das Referat Terrorismus zuständig.

Die Bundesakademie für Sicherheitspolitik

ist ein Ort des strategischen Denkens und sicherheitspolitischen Lernens. Charakteristisch für ihre Arbeit sind der interdisziplinäre Ansatz und die praxisorientierte Ausrichtung. In diesem Sinne fördert die Bundesakademie das gemeinsame Verständnis über nationale und internationale Sicherheitspolitik – bei Beamten, Soldaten, Managern, Wissenschaftlern, Journalisten, gesellschaftlichen Akteuren und ausländischen Experten sowie einer breiteren Öffentlichkeit.

Die Aufgaben der Akademie gliedern sich in drei Bereiche: Lehre, Fachtagungen und öffentlicher Diskurs. Die Seminare der Bundesakademie sind auf die Weiterbildung von Spitzenbeamten aus Bund und Ländern sowie Führungskräften aus Wirtschaft, Gesellschaftsorganisationen und Partnerstaaten ausgerichtet. Auf Wissensvermittlung und Erfahrungsaustausch auf nationaler und internationaler Ebene zielen die Fachveranstaltungen hin; diese bieten Entscheidungsträgern und Experten in einer komplexer gewordenen Welt die Gelegenheit, sich vertraulich untereinander über Prozesse, Erkenntnisse und Schlussfolgerungen in der vernetzten Sicherheitspolitik auszutauschen. Auch die Öffentlichkeit soll stärker in die Debatte einbezogen werden: Die Bundesakademie wird deshalb sicherheitspolitische Fragenstellungen breiter diskutieren.

Das Bundesministerium des Innern

und seine Geschäftsbereiche decken ein breites Spektrum an Aufgaben und Tätigkeiten ab. Der Bogen reicht vom Bevölkerungsschutz über Integration und Sportförderung bis hin zu Sicherheitsaufgaben: Die Innenpolitik betrifft alle Gesellschaftsbereiche. Das Bundesministerium erfüllt daher ein breites Aufgabenspektrum und ist differenziert organisiert. Es hat seinen Sitz in Berlin und Bonn und verfügt über eine weit verzweigte Behördenstruktur.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Innenpolitik ist die öffentliche Sicherheit. Zur öffentlichen Sicherheit gehören der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Gewalt, Verbrechen und Terror sowie der Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung Deutschlands. Denn nur in einer Gesellschaft ohne kriminelle Bedrohung können sich Menschen persönlich und beruflich frei entwickeln.

Der Staat ist verfassungsrechtlich verpflichtet, die Bevölkerung zu schützen. Er muss zugleich die Grundrechte der Bürger achten und darf sie nicht unnötig einschränken. Entscheidend ist deshalb ein Ausgleich zwischen Sicherheitsanforderungen und Bürgerrechten.

Deutschland gehört zu den sichersten Ländern der Welt. Zur Wahrung dieses hohen Sicherheitsniveaus setzt sich das Bundesministerium des Innern intensiv mit den Gefahren auseinander, vor denen die Gesellschaft steht und in den nächsten Jahren stehen wird.

Kooperationspartner



Bundesaakademie
für Sicherheitspolitik



Bundesministerium
des Innern

Veranstalter

Bundesaakademie für Sicherheitspolitik
Ossietzkystraße 44/45
13187 Berlin

in Kooperation mit

Bundesministerium des Innern
Alt-Moabit 140
10557 Berlin

Tagungsort

Bundesministerium des Innern
Alt-Moabit 140
10557 Berlin

Die Podiumsdiskussionen wie auch die Night Owl Session finden im Konferenzzentrum des Bundesministeriums des Innern statt, mit Zugang über die Protokollzufahrt in der Ingeborg-Drewitz-Allee.



Das *Deutsche Forum Sicherheitspolitik* findet 2015 erstmals in Berlins Mitte statt: im neuen Dienstsitz des Bundesministeriums des Innern. Das geometrisch prägnante Gebäude wurde von 2009 bis 2014 nach den Entwürfen der Architekten Thomas Müller und Ivan Reimann gebaut. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums bezogen ihre neuen Büros im April dieses Jahres.



Deutsches
Forum
Sicherheitspolitik
dfs.bund.de

HERAUSGEBER

Bundesakademie für Sicherheitspolitik
Ossietzkystraße 44/45
13187 Berlin

Bundesministerium der Innern
Alt-Moabit 140
10557 Berlin

Stand

29. September 2015

Gestaltung

Marcus Mohr

Bildnachweise

Cover: Viktoria Pryshutova/CC BY 3.0; Seite 4:
Bundeswehr/Sascha Jonack; Seite 5: Raqqa Media Center;
Seite 8: Informationswiedergutmachung/Wikimedia
Commons/CC BY-SA 4.0; Seite 9: blu-news.org/CC BY-SA
2.0; Seite 17: Bundesministerium des Innern/Stefan Müller

Druck

WirmachenDruck.de

Kontakt

Telefon 030 40046 307

Telefax 030 40046 421

E-Mail dfs@baks.bund.de

www.dfs.bund.de